

Finanzmarkt- und Steuerpolitik:

Wie sieht die Perspektive 2020 aus?

Eine Tagung der Allianz SE und der Stiftung Marktwirtschaft
mit der F.A.Z. am 10. Februar 2010 in Berlin



- 3 Einführung
Prof. Dr. Michael Eilfort
Vorstand Stiftung Marktwirtschaft
- 4 Staat und Wirtschaft nach der Krise
Michael Diekmann
CEO Allianz SE
- 6 Ordnung der Märkte, Bindung der Freiheit
Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Bundesfinanzminister
- 9 Podiumsdiskussion moderiert von Dr. Manfred Schäfers
(Frankfurter Allgemeine Zeitung) mit Impulsen von
Dr. Joachim Faber
Vorstand Allianz SE
Otto Fricke MdB
Parlam. Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion
Fritz Kuhn MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen
Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schön
Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft



Impressum:

Dr. Susanna Hübner (v.i.S.d.P.)
Stiftung Marktwirtschaft • Charlottenstraße 60 • 10117 Berlin • www.stiftung-marktwirtschaft.de



Für die Stiftung Marktwirtschaft dankt Prof. Dr. Michael Eilfort dem Kooperationspartner Allianz SE für den freundlichen Empfang sowie die gute Zusammenarbeit. Der Bogen der Tagung sei weit gespannt – „von der Finanzmarkt- zur Steuerpolitik, und das mit der ‚Perspektive 2020‘ über den Tag hinaus“, so Eilfort. Dabei hat vor gerade einmal 100 Tagen eine mit Mehrheit gewählte Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Nun stehe sie vor grundlegenden Entscheidungen.

Die Gastgeber freuen sich, mit dem Bundesfinanzminister einen Redner gewonnen zu haben, der seit Jahrzehnten in Deutschland und aktuell in der Bundesregierung an herausgehobener Stelle Politik gestaltet. Er könnte nach Ansicht von Eilfort in gleich vier Rollen den Abend füllen: Als „Haushaltsminister“, als „Steuerhinterziehungsbekämpfungsmi- nister“, als „Finanzmarktminister“ und als „Steuerminister“. Da jedoch auch eine solche Veranstaltung ihre Grenzen habe und das Thema Steuerreform der Stiftung Marktwirtschaft sehr am Herzen liege, ist Eilfort besonders gespannt, Schäuble als einen „Steuerminister“ zu hören, der über eigene Berufserfahrung in der Steuerverwaltung verfüge.

Am Tag der Veranstaltung liegt der Zusammenbruch von Lehman Brothers 500 Tage zurück. In Deutschland fiel der Schock nach Meinung Eilforts dank der entschlossenen Reaktion der Politik allerdings weniger schlimm aus, als zu befürchten stand. Viele Folgen, vor allem für die öffentlichen Haushalte, zeigten sich indes erst nach und nach. Die Klammer zwischen Finanzmarkt- und Steuerpolitik sieht Eilfort in drei Punkten:

1. Beide Themen würden trotz des angeblich weitverbreiteten Pragmatismus ideologisch vereinnahmt.
2. In aufgeregten öffentlichen Debatten würden in beiden Politikbereichen maximaler Handlungsbedarf sug-

geriert und umfassende Aktionspläne geschmiedet, statt nüchtern Ziele und Instrumente abzuwägen.

3. Die allgemeine Verwirrung um die Begrifflichkeiten: z.B. die Umwidmung des Wortes „Neo-Liberalismus“ zum Kampfklichschee. Tatsächlich wüsste man es besser: Echter „Neoliberalismus“ im Verständnis seiner Vordenker der 1930er Jahre stünde nämlich für ein Ja zum starken Staat, eben nur nicht als Mitspieler, sondern als Schiedsrichter. Befürwortet würden auch Chancengerechtigkeit, Maß und Mitte sowie faire Wettbewerbsbedingungen. „Neoliberalismus“ bedeute eben nicht: Markt und Deregulierung als Selbstzweck.

Für Eilfort führen deshalb die Lehren aus der Finanzmarkt- krise und aus der Korrumpierung des Steuersystems mit seinen Fehlanreizen zu zwei konstitutiven Prinzipien „ech- ter“ sozialer Marktwirtschaft: Haftung und Transparenz. „Unser nicht mehr nachvollziehbares Steuersystem bedarf dringend der Vereinfachung und größerer Transparenz“, erklärt Eilfort. Allerdings sei der Weg der Vereinfachung mühselig: Es werde nicht den „großen Wurf“ geben. Es bedarf indessen mehr Anreiz- und weniger Abwehrgesetzgebung. „Weniger Steuerarten mit weniger Ausnah- metatbeständen“, so Eilfort und erklärt dies exemplarisch für den Fall der Mehrwertsteuer: Jede Ausnahme führe zur nächsten und jeder erfüllte Extrawunsch zu 100 neuen Begehrlichkeiten.

Vieles sei möglich – viel mehr vielleicht, als die Politik den Menschen zutraue, mutmaßt Eilfort. Aber sicher nicht alles auf einmal. „Ich hoffe, dass auch von dieser Veranstaltung Impulse ausgehen, die uns hin zu einem einfacheren und nachvollziehbareren Steuersystem 2020 führen,“ endet Eilfort und übergibt das Wort an den Vorstandsvorsitzen- den der Allianz SE, Michael Diekmann.



Staat und Wirtschaft nach der Krise

Michael Diekmann
CEO Allianz SE

Der Vorstandsvorsitzende der Allianz SE, Michael Diekmann, freut sich ebenfalls über das große Interesse an der Kooperationsveranstaltung, zu der über 500 Gäste an den Pariser Platz gekommen sind. „Wenn ich jetzt wie angekündigt über Staat und Wirtschaft nach der Krise spreche, dann weiß ich natürlich auch, dass die Krise noch gar nicht vorbei ist“, beginnt Diekmann und ergänzt: „Es flackern vielmehr immer wieder neue Brandherde auf.“ Darüber hinaus gäbe es Marktteilnehmer, die das System permanent Stresstests unterzögen. Trotzdem sei es an der Zeit, die richtigen und möglicherweise weitreichenden Lehren aus der Krise zu ziehen.

Zunächst zum Staat: Die Systemrettung durch die öffentliche Hand in Deutschland und international sei eine „beeindruckende Demonstration von Handlungswilligkeit und Handlungsfähigkeit“ gewesen, so Diekmann. Obwohl eine grundsätzliche Einigkeit in der Frage bestünde, dass Finanzmärkte Grenzen bräuchten, gebe es in der Frage des „Wie“ eine wachsende Kluft zwischen der Politik, den Regulatoren und Teilen der Finanzwelt. Und das liege nach Ansicht Diekmanns nicht allein an den ganz offensichtlichen Interessenkonflikten, sondern vor allem auch an der Komplexität der Zusammenhänge. Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Märkte einerseits und andererseits der trügerische Eindruck, „wir seien eigentlich noch einmal davongekommen“, machten es zusätzlich noch schwerer, gemeinsam Antworten zu finden. Der Fokus von Diekmanns Ausführungen liegt auf der deutschen Assekuranz, wobei er zeigt, warum die Versicherungswirtschaft so wichtig für die Volkswirtschaft und die Gesellschaft sei.

Zum einen sei die Assekuranz eine essentielle Säule der Altersvorsorge und eine wichtige Stütze des Gesundheitssystems. Zum anderen sichere sie Menschen und Unternehmen gegen Risiken ab und leiste einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Finanzierung der Volkswirtschaft. Diekmann treibt die Sorge um, dass es aufgrund von Solvency II zu einer Benachteiligung gegenüber Banken und in der Folge zu übervorsichtigen Anforderungen an die Kapitalausstattung komme, durch die die Versicherungen unnötig geschwächt würden.

In den entscheidenden Monaten der Bankenkrise sind die Versicherungsunternehmen laut Diekmann im Gegensatz zu den Banken verlässliche Investoren geblieben, weil es bei ihnen keine Liquiditätsprobleme gegeben habe. Versicherer seien nicht an der Strukturierung komplexer Finanzderivate, am Interbankenhandel oder beim Investmentbanking beteiligt, sondern fokussierten sich überwiegend auf Anlagen mit herkömmlichen Chancen und Risiken. Ein Versicherer müsse in erster Linie Wert auf langfristige Berechenbarkeit legen. Und zwar bei Finanzanlagen ebenso wie bei Veränderungen von Rahmenbedingungen, die Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit haben. Deutschland spiele mit seinen Branchenführern Allianz und – in der Rückversicherung – Munich Re inter-

national eine wesentliche Rolle. Allein die Allianz gehöre mit einem Asset Management von über 1.500 Milliarden Euro zu den größten Finanzinvestoren der Welt. Im Moment gebe es viele Überlegungen, die Finanzmärkte und auch die Versicherungswirtschaft krisenfester zu machen. Fünf eher grundsätzliche Bereiche sind nach Ansicht von Diekmann dabei von Bedeutung:

1. Strukturelle Schwächen: Zum einen habe man in der Krise gesehen, dass noch viele prozyklische, d.h. **krisenverschärfende Elemente im Steuersystem, in der Rechnungslegung und im Aufsichtsrecht** eingebaut sind.
2. Das Engagement der Staaten und ihrer Zentralbanken in der Wirtschaft sei immens und auch richtig gewesen. Wichtig sei aber **eine klare Exitstrategie**. Nun liege der schwierige Pfad vor den Zentralbanken, den Geschäftsbanken das Geld wieder limitiert und zunehmend zu normalen Konditionen zur Verfügung zu stellen. Andernfalls erhöhe sich der Anreiz, mit nahezu kostenloser Liquidität zu spekulieren „und wir wären wieder auf dem besten Weg zur nächsten Krise,“ prognostiziert Diekmann.
3. Ein weiterer Themenkomplex sei die **öffentliche Akzeptanz**. Es gebe in der Gesellschaft zunehmend Zweifel am Grundkonsens unternehmerischen Handelns, darüber hinaus entwickle sich sogar eine grundsätzliche Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft. Gerade die Versicherungswirtschaft sei in ihrer Arbeit aber auf gesellschaftliche Akzeptanz und die richtigen politischen Rahmenbedingungen angewiesen. Dies bedürfe nach Diekmann einer Diskussion, aus der er zwei Aspekte herausgreift: die Themen **Vergütung und Kundenschutz**:
 - a) Die Allianz verfügt über ein Vergütungssystem, in dem es schon seit Jahren mehrjährige Vergütungskomponenten und auch den Nachhaltigkeitscheck gibt, wonach erhebliche Anteile der variablen Vergütung erst nach drei Jahren zur Auszahlung freigegeben werden. Darüber hinaus wurde die Vergütung nicht zuletzt auf die dringende Bitte Schäubles hin noch an die Forderungen des Vorstandsvergütungsgesetzes und der G20-Beschlüsse angepasst.
 - b) Bedarfsgerechte Produkte und bedarfsgerechte Beratung der Verbraucher müssen bei allen Finanzdienstleistungen im Vordergrund stehen.
4. „Wir sind uns alle darin einig, dass eine neue Systemkrise verhindert werden muss.“ Dieses sogenannte **systemische Risiko** sei u.a. dadurch entstanden, weil schwach kapitalisierte Institute so eng über den Interbankenmarkt aneinander gekoppelt waren, dass der Ausfall eines stark vernetzten Instituts viele andere ins Wanken gebracht habe. Das Geschäftsmodell

der Assekuranz sowie deren vorsichtige nationale Regulierung führe hingegen dazu, dass die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung im Kerngeschäft im Versicherungsbereich erheblich geringer sei als in der Kreditwirtschaft.

5. Der letzte und nach Diekmann vielleicht wichtigste Punkt befasst sich mit den **zukünftigen Kapitalanforderungen**, die wesentlich zu der langfristigen Erfüllung der Versicherungsfunktion beitragen. Mit Sorge warnt Diekmann davor, bei der Regulierung Konzepte wie die Konsultation von Marktteilnehmern oder die Kosten/Nutzen-Analysen der Regulierung aufzugeben. Die EU hatte schon vor der Bankenkrise die Prinzipien festgelegt, wie die Höhe des erforderlichen Eigenkapitals von Versicherungsunternehmen unter Risikogesichtspunkten ermittelt werden soll und zwar mit der sogenannten **Solvency II-Rahmenrichtlinie**. In dem Vorschlag des Ausschusses europäischer Versicherungsaufsichter werden hingegen „derartig hohe Rechenwerte“ genannt, so Diekmann, „dass Versicherer den resultierenden Kapitalbedarf nicht aus eigener Kraft bereitstellen können.“ Diekmann wendet sich dabei direkt an den Bundesfinanzminister: „Hier werden wir, Herr Schäuble, die Hilfe der Politik brauchen.“ Eine qualifizierte und effizient aufgestellte Aufsicht sowie eine einheitliche europäische Versicherungsaufsicht hält aber auch Diekmann für unverzichtbar.

Losgelöst von nationaler oder europäischer Aufstellung stellt Diekmann am Ende seines Vortrages drei Forderungen an die Politik:

1. Erstens müssen **Finanz- und Produktaufsicht wie bisher in einer Hand** bleiben, damit Kapitalerfordernisse und Verbraucherschutz aufeinander abgestimmt bleiben.
2. Zweitens muss der **Aufseher „single point of entry“** sein, also die Abfragen von nationalen Aufsehern und Zentralbanken und den zahlreichen neuen makroökonomischen Risikogremien koordinieren.
3. Und drittens müssen **nationale Übergangsregelungen** so gestaltet werden, dass sie später auch **in eine europäische Lösung überführt werden** können.

Die Schlussfolgerung führe zu einem sehr umfangreichen Arbeitsprogramm: Die Kommunikation zwischen Politik und Wirtschaft müsse nach Ansicht Diekmanns unabhängig von einzelnen Anlässen oder Gesetzesvorhaben wieder neu belebt werden: „Lassen Sie unsere Strategen, Planungschefs, Risikoexperten und Zukunftsforscher aus Ministerien und Unternehmenszentralen zusammenkommen, um über Verbesserungen von Frühwarnsystemen zu diskutieren.“ Mit einem Frühwarnsystem könnten gesellschaftlich relevante Bereiche und Szenarien behandelt werden, so Diekmann, lange bevor diese zur politischen und unternehmerischen Tagesarbeit würden.



Ordnung der Märkte, Bindung der Freiheit

Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Bundesfinanzminister

Der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB dämpft gleich zu Beginn seines Vortrages die Hoffnungen des Veranstalters und vieler Medienvertreter: „Nachdem Sie, Herr Eilfort, so sehr die Erwartungen geschürt haben, dass ich zur Steuerpolitik rede, will ich noch einmal an meinen Vortragstitel in Ihrem Programm erinnern. Da steht 'Ordnung der Märkte, Bindung der Freiheit'. Sie müssen also noch ein bisschen Geduld haben.“ Märkte benötigten nun einmal Grenzen und Regeln, so wie Freiheit ganz ohne Bindung sich selbst zerstöre, erklärt Schäuble. Und er fürchtet zudem wie sein Vorredner Michael Diekmann, dass die Krise noch nicht vollständig überwunden sei. „Doch müssen wir uns aus dem, was an unmittelbaren Konsequenzen der Krise gezogen werden musste, in einer wohl dosierten Exitstrategie schrittweise wieder zurückziehen“, so Schäuble, um zu verhindern, dass zu früh prozyklisch gehandelt werde.

Über das Weltwirtschaftsforum in Davos habe man lesen können, dass die Distanz der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft offenbar zunehme. Dabei obliege dem Finanzsektor eigentlich die Funktion, der Realwirtschaft zu dienen und nicht in zu starkem Maße selbstreferenziell zu sein, erinnert Schäuble. „Natürlich hat das, was in den letzten Jahren passiert ist, auch viel mit falscher Politik zu tun“, gesteht er ein. Aber selbstverständlich sei die Finanzmarktkrise nicht nur Folge von Staats- oder Politikversagen. „Sondern eben auch Beleg dafür, dass Märkte ohne Regeln und ohne Begrenzung nicht nachhaltig sein

können“, so Schäuble. „Nun sind wir trotz allem beim Angehen der zentralen Probleme zu halbwegs übereinstimmenden Regelungen gekommen,“ erklärt Schäuble und konkretisiert die umgesetzten Verbesserungsmaßnahmen: So sei z.B. die mangelnde Transparenz von Finanzmarkttransaktionen in Angriff genommen worden und auch das für die Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft notwendige Prinzip des Zusammenhangs von Risiko und Haftung sei wiederhergestellt. Des Weiteren seien die Fehlanreize, die es teilweise in den Vergütungssystemen gegeben habe, korrigiert, „von dem „too big to fail“-Problem einmal ganz abgesehen,“ listet Schäuble die Arbeitspakete der vergangenen Monate im Zuge der Finanzkrise auf.

Es seien nun mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und der Versicherungsaufsicht, dem Gesetz über die Angemessenheit der Vorstandsvergütung und dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wichtige Schritte gemacht worden. Mit der Änderung der europäischen Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie seien die Kapitalanforderungen für das Handelsbuch verschärft worden, darüber hinaus kam es zu der Vorgabe, dass Banken künftig in Verbriefungen nur investieren dürften, wenn der ursprüngliche Kreditgeber einen Anteil von mindestens 5% der mit der Transaktion übertragenen Risiken behalte. „Das sind alles Schritte in die richtige Richtung,“ sagt Schäuble. Des Weiteren wurden Vereinbarungen über die Regulierung und Aufsicht von Rating-Agenturen getroffen, wobei auch hier noch Fehlanreize vorlägen.

Für die Zukunft stellt sich für Schäuble die Frage, wer die Lasten und die ökonomischen Kosten der Bewältigung der Krise trage, da davon abhängt, ob eine Umorientierung zu nachhaltigerem Wirtschaften gelänge, so dass künftige Systemkrisen vermieden oder zumindest begrenzt werden können. Jedenfalls sei für Schäuble klar gewesen: „Der Staat musste als letztmöglicher Vertrauensanker eingreifen“, und er fügt hinzu: „Allerdings kann der Staat erstens so etwas nicht allzu oft leisten, und zweitens wird es beim nächsten Mal noch schwerer – auch was die Frage der politischen und moralischen Legitimation betrifft. Und deswegen kann es nicht sein, dass die Steuerzahler, also die Anteilseigner des Staates, am Ende alleine auf den Kosten der Krise im Allgemeinen und der Finanzmarktstabilisierung im Besonderen sitzen bleiben“, resümiert Schäuble. „Denn wenn sich das Schlagwort verbreiten und Nahrung finden würde, dass die Gewinne privatisiert, aber die Verluste sozialisiert werden“, wäre dies der Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft nicht gerade zuträglich. Und der Bundesfinanzminister fügt noch hinzu: „Es würde auch gegen ein fundamentales Gerechtigkeitsprinzip verstoßen, und deswegen müssen wir die Anreizsysteme ein Stück weit verändern.“

Im Übrigen spräche auch die drohende Überschuldung der öffentlichen Haushalte für eine faire Verteilung der Krisenkosten. „Ich bin froh, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz steht. Ich weiß nicht, ob ich mir sonst geraten hätte, die Aufgabe zu versuchen, die ich nun mache“, gesteht Schäuble den über 500 Anwesenden und verspricht, die Schuldenbremse auch einzuhalten.

Schäuble berichtet, an den Podiumsteilnehmer Fritz Kuhn von Bündnis 90/Die Grünen gewandt, dass er vor kurzem eine Biographie über Perikles gelesen habe, um sich mit den Wurzeln der Demokratie zu befassen. „Herr Kuhn, ich denke auch gelegentlich über plebiszitäre Elemente nach, wobei Sie auch wissen, dass ich da grundsätzlich eher skeptisch bin,“ so Schäuble. In der Schweiz funktioniert es gut, aber ansonsten sei es schwierig. Spätestens aber in Haushaltsfragen seien Schäubles Meinung nach auch die Befürworter skeptisch, weil sie genau wüssten, dass der demokratische Souverän selbst nicht in der Lage sei – und das wäre bereits in der attischen Demokratie vor zweieinhalb tausend Jahren nicht anders gewesen –, die Regeln der einfachen Algebra, Mathematik, also der Grundrechenarten anzuwenden. „Das ist so die menschliche Art,“ resümiert Schäuble.

Schäuble bekümmert darüber hinaus zunehmend, dass in dem Sozialstaat Deutschland rund 30 Prozent des Brutto sozialprodukts für Sozialleistungen ausgegeben werden und zugleich eine wachsende Armut zu verzeichnen sei. Beinahe jeder, der staatliche Leistungen bekommt, werde in den Statistiken als arm erfasst, diagnostiziert Schäuble. Daraus folge, dass in Deutschland mit dem Anstieg der Sozialleistungen auch der Umfang der Armut wachse.

„Aber schauen Sie sich einmal genau an, wie viel eine Familie mit zwei Kindern netto oder brutto verdienen muss, damit es sich lohnt, aus dem Bereich von Hartz IV heraus zu kommen,“ fordert der Bundesfinanzminister das Publikum auf. Wenn dieses Lohnabstandsgebot funktionieren



88 solle, müsse über diesen zentralen Bereich neu nachgedacht und schließlich auch der Vollzug der Steuergesetze durchgesetzt werden.

Bei der Diskussion, wie der Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligt werden kann, gebe es viele Vorschläge oder Vorstellungen, so z.B. die von Gordon Brown vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer: „Wir haben dies in Deutschland nicht abgelehnt, aber befürworten es nur unter der Voraussetzung, dass sie global eingeführt wird“, bewertet Schäuble den Vorschlag. Beim G7-Finanzministertreffen hätte man jedoch das klare Signal an die Finanzakteure gesendet: „Nein, Ihr könnt nicht darauf spekulieren, vom Staat gerettet zu werden, sondern Ihr selbst werdet es tragen.“ Dies mündete sogar in einer übereinstimmenden Empfehlung, so Schäuble. „Und ich glaube, dass sich das gut in die anstehenden Überlegungen einfügt, die wir in der Bundesregierung gerade machen, um durch Novellierung im Bereich des Kreditwesengesetzes und des Insolvenzrechts ein für Banken geeignetes, insolvenzähnliches Verfahren zu schaffen, das wir noch vor zwei Jahren nicht hatten.“

Gegen Ende seines Vortrages macht der Bundesfinanzminister einige Bemerkungen eher grundsätzlicher Art: „Jede Regulierung stellt immer nur die zweitbeste Lösung dar. Die Grundfrage bleibt, wie wir es schaffen, in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Freiheiten verantwortlich zu nutzen.“ Das sei die alte Frage, die Eucken, Röpke, Rüstow und andere Vertreter der Freiburger Schule und des Ordoliberalismus gestellt hätten. Ihre Antwort habe gelautet: durch die Soziale Marktwirtschaft, die Vorkehrungen für einen verantwortlichen Umgang mit Freiheit innerhalb des

Marktgeschehens treffen wolle, aber eben noch korrigierende Elemente außerhalb des Marktgeschehens – also Grenzen, Regeln und Gegengewichte – benötige, die der Gefahr von Übertreibungen entgegenwirkten.

Schäuble stellt klar: „Im Übrigen sollten wir uns das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft nicht kleinreden lassen“ und weist darauf hin, dass Paul Krugman, Wirtschaftsnobelpreisträger und nicht unbedingt als Vertreter des so genannten Rheinischen Kapitalismus bekannt, kürzlich in der New York Times seinen Landsleuten das Modell der Sozialen Marktwirtschaft ans Herz gelegt habe. Schäuble erinnert auch daran, dass der britische Historiker Tony Judt darauf hingewiesen hat, dass ein neues Zeitalter der Unsicherheit eintreten könnte. Und er ruft die Schumpeter'schen Warnungen in Erinnerung, der bereits vor langem den Kapitalismus in Gefahr sah, indem er – Schäuble zitiert das Original: „durch Zersetzung der schützenden Schichten und Institutionen von Wirtschaft und Gesellschaft seine Voraussetzungen untergrabe“.

Auch Ralf Dahrendorf habe in seinen letzten Jahren mit Sorge beobachtet, wie sich weltweit eine Spielart des Kapitalismus durchzusetzen begann, die im Gegensatz zum zuvor dominierenden Sparkapitalismus, Geld aus Geld machte statt aus nützlichen Produkten. Dahrendorf habe nach Ansicht Schäubles durch die Krise die Möglichkeit und Notwendigkeit gesehen, wieder zu einer Ordnung zurückzukehren, in der die Befriedigung von Bedürfnissen durch die nötige Wertschöpfung gedeckt sei. Dazu müsse jeder – auch der Finanzsektor – seinen Teil an Verantwortung wahrnehmen, schließt der Bundesfinanzminister seinen Vortrag.



Der Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB neben Michael Diekmann, CEO der Allianz SE, im Publikum.



Podiumsdiskussion mit Impulsen von

Dr. Joachim Faber | Otto Fricke MdB | Dr. Manfred Schäfers (Moderation) |
Fritz Kuhn MdB | Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schön

Nach den vorausgegangenen ausgewogenen Vorträgen erhofft sich Dr. Manfred Schäfers von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in seiner Rolle als Moderator für die Podiumsdiskussion eine Zuspitzung der finanzmarkt- und steuerpolitischen Debatte. **Stichwort Griechenland:** Müssen die anderen Staaten hier eingreifen, lautet die Eingangsfrage von Schäfers an den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Fritz Kuhn MdB, der die Frage mit Blick auf die Bankenrettung beantwortet: „Sie müssen Griechenland schon um der EU willen retten,“ und er fügt hinzu: „Aber Sie müssen es so retten, dass die Griechen sich auch selbst anstrengen müssen. Es darf nicht zu gemütlich zugehen beim Retten,“ sagt Kuhn und merkt an, dass es laut Experten auf dem Finanzmarkt wahrscheinlich immer noch 100 Mrd. Euro nicht aufgedeckte, sogenannte „schlechte“ Risiken gebe.

Schäfers fragt daraufhin den Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Fricke MdB, in Anspielung an die Schweizer Steuer-CD, ob nach den Datendieben als Nächste nun die Datenfälscher einen Scheck der Bundesregierung erwarten dürften. Fricke hofft jedoch, dass derjenige, der sich nicht an Recht und Gesetz halte, die entsprechenden Konsequenzen auch zu spüren bekomme. Wenn man aus volkswirtschaftlicher Sicht auch sagen könne, dass man nicht helfen dürfe, verbiete es sich für einen Politiker, „Dinge einfach nur volkswirtschaftlich zu sehen.“ Dennoch würde er entgegen der Einstellung von Kuhn eine Hilfeleistung durch die Europäische Union ablehnen. „Im Gegenteil, da würde ich ausdrücklich sagen, dass die EU, anders als die einzelnen Mitgliedsstaaten, auf gar keinen Fall helfen darf, denn am

Ende der Hilfe durch die EU steht die Europäische Anleihe und die will ich nicht,“ so Fricke nachdrücklich.

Schäfers nimmt bei der Allianz mit einem Volumen von 1.500 Milliarden Euro im Asset Management an, dass „einige Staatsanleihen und sicher auch einige griechische Anleihen darunter fallen“, weshalb die Vermutung nahe liege, dass die Versicherung gern eine Hilfeleistung an die griechische Regierung sehen würde. Der Allianz-Vorstand vom Asset Management Worldwide, Dr. Joachim Faber, stellt zunächst klar, dass es sich bei den 1,5 Billionen Euro zu einem großen Teil um Geld handele, das die Allianz nur für Dritte verwalte „und wo wir als Asset-Manager für große institutionelle Pensionsfonds tätig sind.“ Faber fährt fort: „Ich glaube, völlig unabhängig davon, was sich nun ein individueller Investor wünschen würde, ist für die Europäische Union und für den Euro diese augenblickliche Wackelpartie höchst gefährlich.“ Ein Kollaps beispielsweise durch einen Bankrott eines Teilnehmers dieser Eurozone würde den Euro nachhaltig beschädigen. Bei aller Kritik, die der Internationale Währungsfonds (IWF) besonders auch in der Asienkrise auf sich gezogen hat, „unterm Strich,“ so Faber, „hat das drakonische Regime des IWF auch mit den angesprochenen Auflagen, die ein Land für seine Rettung erfüllen muss, eine ganze Menge Zukunftsrichtendes und Richtiges getan“.

Für Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Schön, Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft und Direktor am MPI für Steuerrecht, hat das Thema Haushalt bei der Tagung bisher hingegen nur eine relativ geringe Rolle gespielt, weshalb Schön auf das „**Hartz IV**“-Urteil des Bundesverfas-



Prof. Dr. Dr. h.c.
Wolfgang Schön

sungsgerichts vom Vortag verweist, das er auf seinem Hinflug komplett gelesen habe: „Das Wort ‚Haushalt‘ taucht auch dort nicht auf.“ Hier sieht Schön aber in der nahen Zukunft die große Aufgabe der Politik und spricht die Politiker Fricke und Kuhn direkt an: „Lässt so ein Gesamtszenario noch Raum für Steuerreformen?“ Das Problem sei doch, wenn man eine Steuerreform immer mit einer Steuersenkung gleichstelle. „Der Satz, den Sie auch im politischen Betrieb häufig hören ‚Für eine Steuerreform fehlt uns das Geld!‘ setzt voraus, dass man ein Rechtssystem, ein auf Gerechtigkeit angelegtes System wie das Steuerrecht überhaupt nur reformieren kann, indem man Geld verteilt.“ Im Steuerrecht gebe es nach Ansicht von Schön jedoch noch viel zu tun: „Wir haben seit Jahren eine Fülle von Regeln im Steuerrecht, die sich nachteilig auf unternehmerische Gesundungen auswirken, wir haben eine Fülle von Regelungen, die nach wie vor auch den einfachen Bürger mit Bürokratie überlasten [...], und wir haben vor allem im Bereich der Kommunalfinzen seit Jahrzehnten angeprangerte Unsäglichkeiten, die sich in den jüngsten Reformen nur noch verstärkt haben.“

Schäfers fragt Faber in seiner Funktion als Vertreter einer großen Versicherung, ob er sich eher für eine Bankenabgabe als für eine **Finanztransaktionssteuer** ausspreche, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Allianz gerade erst ihre eigene Bank verkauft habe. Faber führt in Übereinstimmung mit Fricke aus, dass es einer verursachergerechten Bezahlung der Schäden bedürfe. Wichtig sei zudem, dass nicht nur Schadensbegrenzung betrieben werde, sondern auch eine Bilanz über die Schadenshöhe zu ziehen sei. Kuhn weist darauf hin, dass zunächst eine effektive, international wirksame Finanzmarktkontrolle erforderlich sei: „Wir brauchen schnell intakte Finanzmärk-

te, weil sonst die Wirtschaft nicht funktionieren kann“. Die Aufgabe von Finanzmärkten sei es, Ersparnisse in Investitionen zu verwandeln und nicht in Spekulationen. „Und davon sind wir noch weit weg, weil wir nach den alten Regeln spielen.“ Zweitens sei die richtige Proportionierung von Risiken und Eigenkapitalunterlegung von Bedeutung. Und drittens wäre die Frage zu beantworten, wie die Lasten der jetzigen und die Prävention künftiger Finanzmarktkrisen klug verteilt werden.

Schäfers fragt Kuhn dazu, was er von der Tobin-Steuer hält, die die Grünen vorschlagen und erinnert daran, dass Bundesbankpräsident Axel Weber erst jüngst behauptet habe, dass eine Finanztransaktionssteuer nur dazu führen würde, dass die Banken die Kosten auf die Verbraucher abwälzen würden. Kuhn entgegnet, dass er diese „Mit welchem Instrument hältst Du es denn-Diskussion“ nicht besonders mag. Die Grünen/Bündnis 90 seien für eine Finanztransaktionssteuer und stünden damit nahe beim Bundesfinanzminister Schäuble, der in seinem Vortrag gezeigt habe, dass sogar zwei Instrumente benötigt werden: Eines für die Frage, wer trägt eigentlich die Lasten der bisherigen Finanzmarktkrise auf eine gerechte Art und Weise. Und das zweite für die Frage: Gibt es eine vernünftige, durch die Beteiligung von Banken bezahlte Sicherung gegen künftige Finanzmarktkrisen? Diese verschiedenen Aufgabenfelder seien bei der Lösungssuche allerdings auseinander zu halten, rät Kuhn. Zu den Steuern ergänzt Kuhn: „Wenn Sie die Frage der öffentlichen Aufgabenstellungen, Staatseinnahmen und Verschuldung zusammennehmen, dann kommen Sie bis 2020 auf einen Kurs, bei dem wir das Steuersystem vereinfachen und reformieren müssen. Steuerreform ja, aber dies kann wegen der Schuldenbremse und wegen der hohen Verschuldung, die wir eingehen, nicht mit Steuersenkungen einhergehen.“



Fritz Kuhn MdB



Dr. Joachim Faber

Faber formuliert indessen zum Thema **Eigenkapital** ein Plädoyer: Eigenkapital sei in Deutschland gegenüber Fremdkapital deutlich benachteiligt. Die Allianz sei als Versicherung in Deutschland und im Wesentlichen auch in Kontinentaleuropa eine der großen Kapitalsammelstellen, die eigentlich in der Lage sein sollten, Aktien, also Eigenkapital von Unternehmen zu kaufen. Die neuen Solvency II-Vorschriften machten es Unternehmen wie der Allianz allerdings nahezu unmöglich, namhafte Bestände an Aktien zu halten. Zum Thema Eigenkapitalversorgung meint Schön, dass vieles von dem, was heute als Deregulierung im Gesellschaftsrecht, im Finanzmarktrecht oder im Steuerrecht kritisiert werde, dem Druck internationaler Märkte und vor allem des Systemwettbewerbs der Staaten untereinander geschuldet sei. Wenn Deutschland Kapital für Produktivunternehmen aber natürlich auch für die Finanzanbieter attrahieren wolle, dann müsse es attraktive Rahmenbedingungen anbieten. Das Kapital kann nicht einfach in Deutschland eingesperrt werden, es sei schnell wieder weg oder komme erst gar nicht, wenn die Rahmenbedingungen sich als unattraktiv herausstellen. Das gelte sowohl für den Regulierungsbereich als auch für den Steuerbereich.

Was hat das nun mit der Steuerregulierung zu tun? Das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** sei nach Ansicht Schöns ein ‚Nice Try‘ gewesen. Das Problem, das dahinter stecke, sei aber, sich in der Politik zu schnell mit dem Status quo abzufinden. „Man führt die Zinsschranke ein und anstatt sie drei Jahre später wieder abzuschaffen, sagt man, na gut, wir ändern es ein bisschen. Man führt massive Verlustverrechnungsschranken, die Risikokapitalinvestitionen behindern, ein, und was fällt einem ein? Na ja, wir ändern es ein bisschen.“ Das sind für den Wissenschaftler alles nur Korrekturen am Symptom. „Was mir

fehlt, ist die Bereitschaft, bestimmte krisenverschärfende, investitionshemmende Regelungen des Steuerrechts im Kern zu überdenken und vielleicht auch wieder abzuschaffen.“ Kuhn greift die Aussage seines Vorredners auf und wendet sich an Fricke: „Ich glaube, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wegen des Fehlers, der Ihnen bei der Mehrwertsteuerregelung für die Hotels unterlaufen ist, verheerende Auswirkungen hat. Denn die Botschaft ist: Es geht willkürlich, und es geht nach Klientel.“ Jetzt müsse es aber nach Vernunft gehen: „**Steuerreform** ja, gern, vor allem im Sinne einer Vereinfachung, aber ich sehe nicht die Spielräume, die insgesamt zu einer Steuersenkung führen könnten, vor allem weil ich die Bereiche sehe, wo der Staat mehr ausgeben muss.“

Bundesfinanzminister Schäuble hatte zuvor gesagt, dass das Grundgesetz gelte. „Das ist eine positive Trivialität“, fährt Kuhn fort. Aber in Bezug auf das Jahr 2020 möchte Kuhn eine Warnung aussprechen und prophezeit Folgendes: Der Bund muss die Schuldenbremse bis 2016 einhalten. Die Länder müssen bis 2019, gültig dann in 2020, eine absolute Schuldenbremse einhalten, und dann werde Folgendes passieren: „Wir verhandeln 2019 den Länderfinanzausgleich neu. Und da werden alle Geberländer sagen: Wir können nicht mehr die Schuldenbremse bezahlen, denn wir müssen so viel in den Länderfinanzausgleich zahlen. Und die Nehmerländer werden sagen: Wir können die Schuldenbremse nicht einhalten, weil wir zu wenig aus dem Länderfinanzausgleich bekommen.“ In so einer Situation stehe die Schuldenbremse selbst, aber auch der Föderalismus, zur Disposition, meint Kuhn.

„Wir wollen die **Verschuldung** nicht hochfahren“, sagt Fricke mit Nachdruck. „Auch Rot-Grün wollte das nicht und hatte trotzdem zwischendurch eine enorme Verschul-



Otto Fricke MdB



derung vorzuweisen; das gleiche gilt für die Große Koalition. Wir belasten immer wieder den Staat mit neuen Ausgabenideen und wundern uns dann, wenn im nächsten abschwingenden Zyklus das Geld nicht mehr reicht.“ Die Folge seien häufig Steuererhöhungen, siehe die Mehrwertsteuererhöhung am Beginn der Großen Koalition. Die schwierige Frage an die Politik und damit auch an die FDP sei laut Fricke, inwieweit sie ihren Seniorpartner dazu bewegen könne, bei der Frage der Ausgaben mehr zu tun. „Wir haben es als FDP mit einem Koalitionspartner zu tun, [...] der bisher noch nicht psychologisch bereit war, auch nur eines der Dinge, die er in der Großen Koalition mit den Sozialdemokraten gemacht und nicht befürwortet hat, wieder rückgängig zu machen.“

Schäfers fragt die Podiumsteilnehmer zum Schluss nach ihren **Prioritäten** in dieser Legislaturperiode. Faber antwortet als Erster: „Wir hatten uns die Steuerpolitik bis ins Jahr 2020 vorgenommen, weil es auch für die Allianz außerordentlich wichtig ist, eine vernünftige Reform derjenigen Steuern durchzuführen, die reformbedürftig sind“, als da wären:

- die **internationale Unternehmensteuer**, die weder für Unternehmen noch für den Fiskus vorhersehbar sei,
- die offenen Fragen der **Gruppenbesteuerung**
- und gerade auch im internationalen Kontext wäre aus Sicht der Allianz eine **Neustrukturierung der Gewerbesteuer** wünschenswert.

Faber glaubt, dass es Deutschland darüber hinaus generell gut tun würde, den Kapitalmarkt wieder aus der

‚Schmuddelecke‘ herauszuholen. Im Hinblick auf die nächsten vier Jahre, aber auch mit Rücksicht auf 2020 hat für Schön das Thema Haushaltskonsolidierung die erste Priorität. Sie müsse aber auf beiden Seiten, auf der Einnahmeseite und auf der Ausgabenseite erfolgen. „Das heißt, wir brauchen letztlich eine Art Ausgabenstopp,“ so Schön. Seine Priorität lautet **Haushaltskonsolidierung verbunden mit einer maßvollen Steuerreform**.

Nach Kuhn sollte noch in diesem Jahr eine **Neuorganisation der Rahmenbedingungen der künftigen Finanzmärkte** erfolgen. „Denn wenn Sie die Unsicherheit da drin lassen, sind Sie vor künftigen Spekulationsblasen und vor Investitionsstau nicht geschützt.“ Fricke liegt indessen viel an einer **Steuersenkung** in Höhe der angekündigten 19 Milliarden Euro. Außerdem müssten volatile Steuern beim Bund bleiben, während bei Ländern und Kommunen gleichmäßigere Steueraufkommen zu gewährleisten seien.

Schäfers erkennt in seiner Zusammenfassung, dass sich all die Probleme, all die Themen, mit denen sich seine Gesprächspartner auf dem Podium beschäftigt haben, im Ministerium von Wolfgang Schäuble bündeln, wie

- die Sorge um die Finanzmarktstabilität,
- die Probleme mit den Haushaltsdefiziten
- und der Wunsch nach einer Steuerreform.

Der Bundesfinanzminister sei in diesen Zeiten wirklich nicht zu beneiden, schließt der Journalist. Im Interesse aller könne man ihm nur Erfolg wünschen.